

ÖH: Widersprüchliche Aussagen der Regierung

Wien (OTS) - Der Bundeskanzler und der Finanzminister sollten sich besser koordinieren", so kommentiert Martin Faißt die Aussagen des Finanzministers Grasser. Nach neuesten Pressemeldungen standen auch für den Finanzminister bildungspolitische Interessen im Vordergrund, während Bundeskanzler Schüssel im Gespräch mit Martin Faißt bestätigte, dass die Studiengebühren als Beitrag der Studierenden zum Nulldefizit zu sehen sind.

"Der Finanzminister kann und soll nicht entscheiden, welche bildungspolitischen Akzente gesetzt werden", so ÖH Vorsitzender Martin Faißt. "Aussagen wie: Orientalistik brauchen wir nicht. Bei den sogenannten Orchideenstudien soll man Ordnung machen, belegen offensichtlich die Inkompetenz des Finanzministers im Universitätsbereich."

In verschiedensten Expertenberichten ist nachzulesen, dass die Universitäten nur durch eine umfassende Universitätsreform wettbewerbsfähig bleiben und gemacht werden können. Dadurch können auch die Ziele der Bundesregierung, die Senkung der Drop- Out Raten und die Verkürzung der Studienzeiten erreicht werden.

"Studiengebühren sind dafür der falsche Weg - bis auf die Bundesregierung sind sich darin alle einig," so Faißt.

Rückfragehinweis: Österreichische Hochschülerschaft (ÖH)

Pressesprecherin Cornelia Blum
Tel.: 0676/6699103
cornelia.blum@oeh.ac.at

*** OTS-ORIGINALTEXT UNTER AUSSCHLISSLICHER INHALTLICHER

VERANTWORTUNG DES AUSENDERS ***

OTS0121 2000-10-16/12:17

161217 Okt 00

Link zur Aussendung:

http://www.ots.at/presseaussendung/OTS_20001016_OTS0121